



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
13. JULI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886 896

P/XVI/155 - 13. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Nicht selbst Fesseln anlegen!</u> Zum Deutschland-Memorandum der Bundesregierung	43
2	<u>Riemeck, Schütz und Güde</u> CDU-Legenden im Landtag von Nordrhein-Westfalen Von Johannes Rau, MdL	50
3 - 4	<u>"Frohe Ferien für alle Kinder"</u> Verlängerter Fangarm der SED Das Verbot der kommunistischen "Arbeitsgemeinschaft"	98
5 - 6	<u>Politik ist mehr als Sachverstand</u> Das Zehnte Europäische Gespräch in Recklinghausen Von Hermann Bortfeldt	106

* * * * *

Nicht selbst Fesseln anlegen!

Zum Deutschland-Memorandum der Bundesregierung

G.M. - Die Zustimmungserklärung des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer zum Memorandum der Bundesregierung, das in Beantwortung der sowjetischen Deutschlandnote vom 17. Februar am Mittwoch dieser Woche der Regierung in Moskau überreicht wurde, enthält einen interessanten Hinweis. Ollenhauer fordert die Bundesregierung auf, Verhandlungen über einen Friedensvertrag nicht mit dem Abschluss eines Friedensvertrages zeitlich gleichzusetzen und mahnt, sich in dieser Frage nicht selbst Fesseln anzulegen.

Diese Bemerkung des SPD-Vorsitzenden sollte in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit richtig verstanden und gewertet werden. Sie ändert nichts an der Übereinstimmung der SPD mit dem in dem Memorandum der Bundesregierung enthaltenen Grundsatz, dass ein Friedensvertrag selbstverständlich nur mit Gesamtdeutschland abgeschlossen werden könne und ebenso selbstverständlich auf dem Fundament des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen ruhen müsse. Das sind Gemeinsamkeiten aller im Bundestag vertretenen Parteien, die in den vergangenen Jahren wiederholt einstimmig bestätigt wurden.

Am 1. Oktober 1958 hat der Bundestag in Berlin einstimmig eine Erklärung gebilligt, in der es unter Berufung auf diese Grundsätze heisst:

"Der Bundestag bekennt sich erneut zu seinem einmütigen Vorschlag eines Vier-Mächte-Gremiums, das gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage vorbereiten soll. Die Bundesregierung wird beauftragt, sich bei den vier Mächten weiterhin für die Realisierung des Vorschlages nachdrücklich einzusetzen".

Die Mahnung Ollenhauers an die Adresse der Bundesregierung zielt also - auch unter Berufung auf die Bundestagserklärung vom 1. Oktober 1958 - auf die Methode, auf den Weg, der zur Erreichung eines Friedensvertrages beschritten werden muss. Der SPD-Vorsitzende unterscheidet klar zwischen Verhandlungen über einen Friedensvertrag und dem Abschluss eines solchen Vertrages. Zeitlich sind beide Begriffe gewiss nicht miteinander gleichzusetzen, und das Beharren auf einer Prinzipienklärung - ohne politisch aktiv zu werden! - ist kein Ersatz für Politik.

Der Friedensvertrag selbst wird am Ende eines langen und schwierigen Weges stehen; vor Abschluss eines solchen Vertrages wird jedoch mit einem langwierigen Auf und Ab unaufhörlicher Bemühungen zu rechnen sein. Wer also heute das Ziel vorwegzunehmen gedenkt, ohne die Etappen, die zum Ziele führen können, abzustecken, verbaut seine Manövriertätigkeit und legt sich selbst Fesseln an.

Dies vor aller Welt deutlich zu machen, ist der Sinn der Zustimmungserklärung des SPD-Vorsitzenden zu dem Memorandum der Bundesregierung.

Riemeck, Schütz und Güde

Von Johannes Rau, MdL

Der CDU ist etwas eingefallen! Aus der blossen Erinnerung und offenbar ohne liebevolles Aktenstudium berichtet "DUD", die SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen habe der jetzigen Vorsitzenden der "Deutschen-Friedens-Union", Dr. Renate Riemeck, "leidenschaftliche Schützenhilfe" gewährt und anlässlich der Maßnahmen des CDU-Kultusministers gar einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss inszenieren wollen. Es ist notwendig, die Dinge beim Namen zu nennen.

Beim N a m e n nennen - das heisst den Kultusminister Werner S c h ü t z nennen, der in der Tat einige unfreundliche Sätze des Ministerpräsidenten a.D. Steinhoff hören musste, als er an allen Regeln ministeriellen Verhaltens vorbei die Wuppertaler Studenten in Unruhe brachte, ein ständig angekündigtes Disziplinarverfahren v e r z ö g e r t e und die Prüfungen der jungen Lehrerkandidaten gefährdete: er erledigte auf dem Verwaltungswege, was die SPD (damals wie heute) gerichtlich und damit ordentlich geklärt haben wollte. Gegen des Ministers merkwürdige Bräuche richtete sich der Protest der Sozialdemokraten, die damals wie heute aus der Sorge um die Demokratie redeten und nicht, weil die damalige Professorin Riemeck ein neuer politischer Stern gewesen wäre. Hätte der CDU-PresseDienst Steinhoffs Worte nachgelesen, wäre ihm die deutliche Distanzierung von Frau Riemecks politischen Thesen nicht entgangen.

Auf jene Ausführungen, von denen die Rede ist, antwortete der aufgebrachte Minister mit "Entsüllungen": er gab bekannt, Generalbundesanwalt Dr. Güde habe ein Verfahren wegen Staatsgefährdung gegen Frau Riemeck eingeleitet; er gab bekannt, die Wuppertaler Studentenschaft sei in gefährlichen Bahnen: sie habe ein ostzongales Freiheitslied öffentlich gesungen.

Erst nach der Gründung der "DFU" konnte ich durch eine "Kleine Anfrage" (in der vom Untersuchungsausschuss keine Rede war) feststellen, dass der Kultusminister den Landtag in einer Plenarrede an zwei Stellen f a l s c h u n t e r r i c h t e t, dass er die U n w a k r h e i t gesagt habe. Sollen nun jene Reden des Ministers mit den falschen Angaben die SPD belasten?

Auch und gerade bei Maßnahmen gegen Beamte und Hochschullehrer ist der Rechts- und Disziplinarweg nach unserer Meinung der einzige richtige. Er sollte es auch bei dieser "Partei" sein, deren aufwendiges Reden im umgekehrten Verhältnis zu ihren politischen Möglichkeiten steht.

Wer also hat Frau Riemeck (die den Professor-Titel nicht mehr führen kann) "leidenschaftliche Schützenhilfe" geboten? Jene, die sie in Wuppertal, in der Bundesrepublik, vor allem aber im Ausland zu einer politischen Märtyrerin gemacht, die sie publizistisch hochgespielt, die sie aus der Anonymität herausgeholt und die die Methoden des Umgangs mit politischen Irrläufern strapaziert haben.

Die Möglichkeit des Wirbelns mit einer falschen und fatalen Aussenpolitik wird von der DFU und ihrer Frau Riemeck deshalb benutzt, weil eine falsche Personal- und Kulturpolitik (Schütz holte Frau Riemeck persönlich nach Wuppertal!) sie hochgespielt hatte.

"Fröhe Ferien für alle Kinder"

Verlängerter Fangarm der SED

H.Br. - Als vor einigen Tagen die Arbeitsgemeinschaft "Fröhe Ferien für alle Kinder" als kommunistische, verfassungsfeindliche Tarnorganisation verboten wurde, wurde damit einerseits ein weiterer, in den letzten Jahren schon merklich geschwächter, Bestandteil der kommunistischen Infiltrations- und Aufweichungskampagne gegen die Bundesrepublik ausgeschaltet; zum anderen aber wurde, für manche gewiss in jähem Erwachen, wieder einmal die Szenerie des "Kalten Krieges" gegen unsere demokratische Ordnung blitzartig beleuchtet.

Der nunmehr verbotenen Arbeitsgemeinschaft fiel die Rolle eines verlängerten Fangarmes der SED zu, den die Aufgabe zugedacht war, Kinder aus dem Bundesgebiet in sowjetzonale "Ferienparadiese" zu locken - der von den, zu einem grossen Teil arglos-naiven, Eltern verlangte Unkostenbeitrag war minimal; er lag zwischen 20,- und 50,- DM - um sie dort, unter geschickter Ausnutzung der kindlichen Psyche für die politischen Zwecke der sowjetzonalen Staatspartei und der ihr zugrunde liegenden Ideologie zu manipulieren. Das humanitäre, soziale Bestreben, allen Kindern fröhe, unbeschwerte Ferien zu ermöglichen, wird so unter der Regie der SED zur Farce; zur Fassade vor politischer Schulung, einseitiger Beeinflussung und ideologischer Ausrichtung. Im Sommer 1959 von der SED erlassene "vertrauliche Richtlinien" legen als Ziel dieser Ferienaktion eindeutig fest, die Kinder aus der Bundesrepublik zu überzeugen, "dass nur ein Staat der Arbeiter und Bauern (nämlich die "DDR"!) ihnen eine glückliche und sorgenfreie Zukunft bieten" könne. Die gleichen "vertraulichen Richtlinien" fordern, dass "die westdeutschen Kindergruppen zu festen Kollektiven entwickelt werden, die nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatorte weiterhin tätig sind. "Damit wurde den "westdeutschen Ferienkindern" eine festumrissene Rolle innerhalb der kommunistischen Zersetzungs- und Infiltrationsversuche gegen die Bundesrepublik zugewiesen. Arglose Kinderseelen sollten infiziert werden, in der Hoffnung, irgendwann einmal eine kommunistische Epidemie entfachen zu können.

Missbrauchte UNO-Charta

In diesem Jahr bediente man sich nun einer besonderen Tarnkappe: Die SED und die im Bundesgebiet tätige "Arbeitsgemeinschaft" beriefen und berufen sich auf die im Jahre 1959 von den Vereinten Nationen angenommene "Erklärung der Rechte des Kindes", die von der Verpflichtung getragen wird, dass "die Menschheit dem Kinde ihr Bestes zu geben schuldig ist". Ein Dokument der Humanität wird missbraucht und sein Sinngehalt um des politisch-propagandistischen Effekts willen umgemünzt; und das ausgerechnet von einer Partei und dem von dieser Partei getragenen Regime, das tagtäglich ebenso gegen die Grundsätze der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" wie gegen die der "Erklärung der Rechte des Kindes" verstösst.

Das Bild wäre allerdings nicht vollständig, wenn man die Registrierung der effektiven, in Zahlen fassbaren Ergebnisse der von der SED mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft durchgeführten Ferienaktionen für westdeutsche Kinder ausser acht liesse. In den Jahren seit Gründung der "Arbeitsgemeinschaft" "Fröhe Ferien für alle Kinder" wurden rund 110 000 Kinder aus der Bundesrepublik in sowjetzonale Ferienlager verschickt, davon:

1954	15.000
1955	25.000
1956	25.000
1957	15.000
1958	12.000
1959	12.000
1960	10.000

Offensichtliche Schwerpunkte lagen dabei im Ruhrgebiet und in Hamburg, wo die "Arbeitsgemeinschaft" rege publizistische Schützenhilfe u.a. durch die "Andere Zeitung" und die kommunistische Tarnzeitung "Blinkfuer" erhielt. In den letzten Jahren kam das Saarland als Schwerpunkt hinzu. Im Jahre 1960 stammten Dreiviertel aller in die SBZ verschickten Kinder aus Nordrhein-Westfalen (3.500) und Hamburg (4.200), das damit seinen Anteil gegenüber 1959 sogar um die Hälfte vergrösserte. Alles in allem zeigt die Entwicklung jedoch seit 1956 eine fallende Tendenz; dank ständiger intensiver Aufklärung über die Hintergründe und wahren Ziele dieser kommunistischen Ferienaktionen und sicherlich auch durch eine fortschreitende Hebung des bundesdeutschen Lebensstandards und nicht zuletzt durch eine ständige Verstärkung des demokratischen Festigkeitsgrades und damit der Immunisierung breiter Schichten unseres Volkes gegenüber den kommunistischen Schalmeienklängen.

Mit juristischen Entscheidungen ist allein nichts getan

Das nunmehr ausgesprochene Verbot der "Arbeitsgemeinschaft" ist der zum Schutz unserer demokratischen Gesellschaftsordnung und unserer Verfassung notwendig und berechtigt. Aber mit juristisch-administrativen Entscheidungen allein ist das Problem an sich nicht gelöst. Wir müssen diesen kommunistischen heimlichen Verführern unserer Kinder durch Taten und beispielhafte Haltung entgegentreten - die Regierungen des Bundes und der Länder, die Parteien und zuständigen Institutionen und Organisationen genau so, wie jeder Einzelne von uns. Wenn guter Wille vorhanden ist, gibt es viele Möglichkeiten, wie sie zum Beispiel in den Richtlinien sozialdemokratischer Familienpolitik klar und präzise aufgezeigt worden sind. Wenn wir auf diese Weise die Sorge um das Wohl unserer Kinder und die Verwirklichung von den Vereinten Nationen postulierten Grundsätzen als ernst zu nehmende Aufgaben betrachten und zu ihrer Verwirklichung beitragen, dann haben die kommunistischen Rattenfänger ein für allemal jede Chance verloren Kinder aus der Bundesrepublik mit süßen Flötentönen in sowjetzonale "Ferienparadiese" zu locken.

Das Geschrei, das die Kommunisten nach dem Verbot der Kinderferienreisen in die SBZ erhoben, beweist, dass sie empfindlich getroffen sind. Aber wenn die SED in ihrem Zentralorgan "Neues Deutschland" sich zu der Behauptung versteigt, dass dieses Verbot "eine grobe Missachtung und Verletzung der UN-Charta des Kindes" ist, dann ist das mehr als ein dialektisch verbrämtes Wehgeschrei; dann ist das üble Demagogie und ist eine Verhöhnung und Sinnentstellung von Geist und Inhalt dieser UN-Erklärung. Die Ferienaktionen für westdeutsche Kinder haben mit der "Erklärung der Rechte des Kindes" nicht das geringste gemein; dagegen entspricht es gerade dem Geist dieser Erklärung, wenn wir unsere Kinder vor der Dämnie einer jede Freiheit erstickenden Weltanschauung bewahren.

Politik ist mehr als Sachverstand

Von Hermann Bortfeldt

Bdt. - Die Loslösung des Sachverstandes von der Politik und seine Verselbständigung als "Apparat" gegenüber der Politik - das ist eine der Gefahrenquellen für die Demokratie in einer Zeit, in der nicht zuletzt deshalb der "Pluralismus" als gesellschaftliche Ordnungsvorstellung formuliert wurde, weil die Sachverhalte komplizierter geworden sind, auf die es in der Politik ankommt und die von der Politik zu ordnen sind. Sie können längst nicht mehr von dem auch noch so grossen Einzelnen überschaut werden und lassen sich ebenso wenig noch auf die Dauer in ein vorgefasstes Schema pressen. Hier stösst jede Politik mit Vereinheitlichungstendenz an die Wand. Hinter der Wand aber lauert der Sachverstand, der morgen vielleicht sagen könnte: "L'Etat, c'est moi".

Das ist ein brennend heisses Thema und der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte Recht damit, es jetzt in dem Zehnten Europäischen Gespräch in Recklinghausen zur Debatte zu stellen. Es war klar, dass die Diskussion dieses Themas hier bei uns besonders dringlich sein müsste, wenn es tatsächlich das "Grundübel der deutschen Gesellschaft ist, dass sie zu lange gewohnt war, ihre gesellschaftspolitischen Impulse nur von der Seite der autoritären Staatlichkeit zu empfangen". Es war Prof. Dr. Otto Stammer von der Freien Universität Berlin, der in seinem grossen, die Tagung einleitenden und ihre Debatten schliesslich bestimmenden Referat vor den Gefahren warnte, die der Demokratie von einer verselbständigten Sachverstand drohen könnten.

Politische Bildung notwendiger denn je

Die Ermutigung des einfachen Menschen zur Mitwirkung und zur Mitbestimmung in den organisierten Bereichen der Gesellschaft und an den Stellen im politischen Leben, wo er das Recht der Selbstverwaltung schon jetzt in Anspruch nehmen kann, wird nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn die Kommunikation, besser ausgedrückt, die Transmission zwischen den Führenden und den Geführten, den Experten, den um die Voraussetzungen und die Tragweite der politischen Entscheidungen Wissenden und ihren demokratischen Auftraggebern und Kontrolleuren verbessert wird. Das aber ist im weitesten Sinne eine Frage, wie wir alle wissen, der politischen Bildung und der gesellschaftlichen Moral des einfachen Mannes wie des Sachverständigen und Politikers. Es ist nicht richtig, die darin beschlossene fundamentale Aufgabe jeder funktionsfähigen Demokratie nur für den einfachen Staatsbürger, die Leute "jenseits der Barriere" zu proklamieren. Prof. Stammer konnte darauf hinweisen, dass diese Aufgabe mit derselben Dringlichkeit vor den Führenden und den Sachverständigen steht, deren bisherige Mentalität und politische Verhaltensweise für die Malaise der Demokratie weitgehend mitverantwortlich gemacht werden muss.

Für Alltagsdinge liegt der Sachverstand bei jedem Menschen. Aber je grösser, je spezialisierter der Sachverstand wird, je höher der Experte in der Hierarchie der Sachverständigen steigt, um so mehr geht ihm der Sachverstand für die Alltagsdinge verloren. Niemand kann auf allen Gebieten sachverständig sein. Es war der Pariser Professor Alfred Grosser, der den Finger auf die Grenze des Sachverstandes legte. Nützlich ist der Sachverstand deshalb, weil er erlaubt, Interessen

sachlich zu vertreten und gestattet, Nüchternheit in die Diskussion hineinzubringen - obwohl der beste Sachverstand wirkungslos bleibt, wenn er gegen Machtpositionen anrennt, die sich ihm nicht beugen wollen. Die schädliche Seite des Sachverständigen aber ist, dass man allzu oft und allzu gern konservative Konsequenzen aus ihm zieht. "Aus diesem Konservatismus ergeben sich politische Gefahren, weil für Entscheidungen in aktuellen Fragen die Meinung des Sachverständigen herangezogen wird, die notwendigerweise dazu neigt, die bestehenden Zustände als richtig zu erklären." Sachverstand kann also hemmend wirken. Er kann den militanten Geist lähmen. Prof. Grosser hat als Politik erstens das Aushandeln von Problemen definiert und zweitens das Anstreben einer neuen Ordnung, die die bestehenden Zustände verändert. An dieser Offenheit für tätige Veränderung des Bestehenden lag ihm sehr viel. Er sah im Zusammenhang damit einen weiteren Nachteil des Sachverständigen, dass dieser nämlich Überheblich machen könne: "Darum sollen die Sachverständigen ein sehr offenes Ohr haben für das, was der 'kleine Mann' sagt und Verständnis für dessen Anliegen aufbringen."

Die Rolle der Verbände

Die Verbände, die heute zwischen dem Staatsbürger und dem Staat stehen, sind auch zwischen dem Sachverstand und der Politik angesiedelt. Ihre Stellung nahm in diesen Gesprächen einen grossen Raum ein. Der Verband kann Mittler zwischen Personen und der Staatsgewalt sein. Die von Prof. Grosser aufgestellte These, dass es heute eine neue Art von Verbandsvertretern im politischen System gebe, wurde nicht ernsthaft bestritten. Neben der Gruppe, die mit dem Verband nur um ihre eigenen Interessen kämpft, gebe es den Sachverständigen, der wisse, wie er seine eigenen Interessen in die staatliche Ordnung einbauen könne.

Ein anderer aufregender Fragenkomplex war mit dem "Instrumentarium der öffentlichen Meinungsbildung", innerhalb des grossen Themas "Sachverstand und Politik" aufgeworfen worden. "Vorwärts"-Redakteur Alexander von Cube gab hier dem Auditorium reichlich Stoff zu einer höchst angeregten Diskussion. Die Presse müsse in einer Massendemokratie die Funktion erfüllen, politische Tatsachen in ausreichendem Masse heraufzuholen und der Bevölkerung darzubieten. Die Frage sei, ob dies heute noch in ausreichendem Masse geschehen könne. Auch der Publizist sei erst in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden, wenn er Informationen in ausreichendem Masse bekomme. In der Bundesrepublik müssten diese Informationen erst freigelegt werden. Der Publizist werde gezwungen, sich zum Nachrichtenjäger zu entwickeln, worunter die Qualität seiner Arbeit notwendigerweise leide.

Ein fruchtbares Gespräch

Auch das wurde nicht bestritten, sondern nur noch in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen bestätigt. Hier war es allerdings die amerikanische Professorin H. Arndt, die an die Journalisten und Publizisten appelliert nicht den Tendenzen der Institutionen, Bürokratien und des Expertentums, z. B. Errichtung einer Schweigemanier nachzugeben, sondern so "hart im Fragen" zu werden, wie ihre amerikanischen Kollegen. Dieses Zehnte Europäische Gespräch das eines der fruchtbarsten war, die je in Becklinghausen geführt wurden und zu dem Prof. Bohnenkamp vom Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, Lindley Frazer, Prof. Kaiser aus Freiburg, Dr. Otto Kunze vom DGB, der IG Bau-Steine-Erden-Vorsitzende Georg Leber und Fritz Säger wertvolle Beiträge lieferten, fand unter der geschickten, lebendigen Leitung von Eugen Kogon statt. Wenn man das Fazit in einem Satz ziehen will, müsste man sagen, dass sich herausgestellt hat: der Politiker müsst ein Sachverständiger der Politik sein und dies in einem so ausgedehnten Masse, dass ihn kein bürokratischer Sachverstand an die Wand drücken kann